

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 20 Pf. monatlich, 2.00 Mk. vierteljährlich, 7.00 Mk. halbjährlich, 13.00 Mk. jährlich. / Bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. / Die Postämter, Postboten sowie unsere Kurier- und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabweislicher Einwirkungen der Behörden der Lieferanten, der Lieferanten oder der Zeitungsverleger — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den obgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. / Druck- und Verkaufspreis der Nummer 20 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Druck-Verlag: Berlin G. M. B. H.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgeschäft sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff rentamt zu Tharandt. Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 287.

Dienstag den 10. Dezember 1918.

77. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Alkohol- und ätherhaltige Arzneien, die dem Rezepturzwang nicht unterliegen, insbesondere Spiritus aethereus (Hoffmanns Tropfen), Tinctura Valerianae, Tinctura Valerianae aetherea, Karmelitergeist, Franzbranntwein, Rosmarin- und Wacholdergeist, Sennspiritus, dürfen in und außerhalb von Apotheken im Handverkauf nur zu Heilzwecken, und ohne ärztliche Verordnung nur in Mengen bis zu 20 g an eine Person für einen Tag abgegeben werden.

Zusicherungen werden auf Grund von § 367 Ziffer 5 des Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Haft bestraft.

Dresden, am 3. Dezember 1918.

161 a IV M b

Ministerium des Innern.

Nachstehende Bekanntmachung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 2. Dezember 1918.

2657 V G 1

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Säbfrüchte vom 3. April 1917 (RStBl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger 273) bestimmt:

§ 1.

Im Gebiete des Deutschen Reiches dürfen Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken nur gegen Saatzarte und mit Genehmigung der zuständigen Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saatzarte und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2.

Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saatzwecken gegen Saatzarte und mit Genehmigung der zuständigen Stelle abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden:

Für Saatzzwiebeln bis 31. Dezember 1918 21 Mk.
vom 1. Januar 1919
ab je Monat und Zentner 1.— Mk. mehr

für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:		
Größe I unter 1 1/2 cm Durchmesser	100	Mk.
Größe II 1 1/2 bis 2 cm	80	"
Größe III 2 bis 2 1/2 cm	60	"
2. plattrunde:		
Größe I unter 2 cm	120	"
Größe II 2 bis 2 1/2 cm	100	"
Größe III 2 1/2 bis 3 cm	80	"

§ 3.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, am 28. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende: von Tilly.

Zeitliche Begrenzung der Hauschlachtungen.

Infolge der Knappheit an Futtermitteln wird auf Anordnung des Reichernährungsamts auf Grund von §§ 2 und 17 der Reichsleischordnung in der Fassung der Verordnung vom 19. Oktober 1917 (RStBl. S. 949) hiermit bestimmt, daß sämtliche Hauschlachtungen bis spätestens

31. Dezember 1918

durchgeführt sein müssen.

Nach diesem Zeitpunkt sind Genehmigungen für Hauschlachtungen nicht mehr zu erteilen.

Der Wahltermin.

Der Wahltermin.

Aus politischen Kreisen wird uns geschrieben: Am 16. Februar 1919 wird nicht gewählt werden zur deutschen Nationalversammlung, soviel kann man schon heute als feststehend ansehen. Entweder die Regierung Ebert-Daase wird gefürzt; dann brauchen wir überhaupt nicht zu wählen, und die Spartakusleute brauchen die Nationalversammlung nicht erst, wie sie es jetzt alle Tage laut und ungeheuer anständig, nach russischem Muster mit bewaffneter Hand anzufragen. Oder die gegenwärtige Regierung bleibt am Ruder; dann darf, dann kann sie nicht bis Mitte Februar warten, sie wird

amertanter Rechtsboden für die neuen, aus der Revolution hervorgegangenen Zustände in Deutschland geschaffen wird. Einfach schon deshalb nicht, weil die Entente mit ihr keinen Frieden schließt, solange sie sich nicht als die gesetzmäßige Vertretung des deutschen Volkes ausweisen kann, und auch deshalb nicht, weil es ebenso wenig im Innern Ruhe und Ordnung geben wird, solange nur Gewalt gegen Gewalt in unserer Mitte um die Herrschaft ringen. Auf einer von beiden Seiten muß die Gewalt so rasch wie nur möglich durch das Recht ersetzt werden — dann ist wenigstens die Möglichkeit gegeben, wieder geordnete Zustände im Lande herbeizuführen und unter ihrem Schutze an die Arbeit zu gehen. Nichts oder nur ein wenig davon, weil es notwendig ist, nachdem so un-

endlich viel zerstört worden ist von dem was unsere Väter geschaffen haben.

Erst, als die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben waren, freute man sich ziemlich allgemein darüber, daß dieser Entschluß gefaßt war. Bald aber brach die Überlegung durch, daß der Termin viel zu weit hinausgeschoben war. Mitte Januar — nicht Mitte Februar — wurde vereinigt als Parole ausgerufen, und siehe da: die Regierung selbst folgte diesen Spuren. Sie begann mit der Veröffentlichung von Telegrammen aus dem Reich, in denen die ungleich schleunigere Abarbeitung der Wahlen gefordert wurde. Regierungen von Bundesstaaten, Soldatenräte, Volkswahlmänner stimmten überein in diesem Vorhaben, und man sah, daß man die Wahlen

Interessante Pfg. für die gestaltete Neuzugabe über deren Raum, Lohpreis Pfg., Kleinen Pfg., alles mit 1/4 Teuerungszuschlag, Strauß und Isabella'scher Gek mit 50% Zuschlag, bei Wiederholung und Jahresumfängen entsprechender Nachsch. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spalte 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachzahlung und Offertengeld 20 bez. 20 Pfg. / Teuerungszuschlag 1/4 Zuschlag jedes Anklamensatzes auf. / Anklamensatzes bis 11 Uhr vormittags. / Bekanntmachung des Landtag 6 Mk., in die Postanstalt Berlin. / Für die Erfindung der Anklamensatzes 25% Zuschlag ohne Rabatt. / Die Rabatte und Preispreise haben nur bei Zahlungen binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Zeit, gerichtliche Einleitung, gemeinsame Anzeigen verli. / Interessenten bedürfen die Zeichnung des Anklamensatzes. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff verzeichnet ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Zeichnung, falls nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Zeichnungstage an, Widerspruch erhebt.

Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen befindlichen Schweine sind, abgesehen von den Zuchtschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

Ausnahmen in besonderen Fällen zu erteilen, bleibt den Kommunalverbänden vorbehalten.

Dresden, am 30. November 1918.

5468 V L A III

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Ausführungsverordnung zum Reichswahlgesetz.

Auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (RStBl. S. 1345 flg.) und der Wahlordnung vom gleichen Tage (RStBl. S. 1353 flg.) sowie zu deren weiterer Ausführung wird folgendes bestimmt:

I.

Zu Wahlkommissaren werden gemäß § 8 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes und § 11 der Wahlordnung ernannt:

- für den 28. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 1—9) der Oberregierungsrat **Dr. Heeriloy** bei der Kreishauptmannschaft Dresden,
- für den 29. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 10—14) der Geh. Regierungsrat **Freiherr v. Der** bei der Kreishauptmannschaft Leipzig,
- für den 30. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 15—23) der Stadtrat **Dr. Härtwig** in Chemnitz.

II.

Als Gemeindeobrigkeiten im Sinne von Ziffer III der Anlage B zur Wahlordnung in Verbindung mit § 10 der Wahlordnung sind zuständig

- 1. für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraumes
 - a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat.
 - b) in den übrigen Städten: der Bürgermeister,
 - c) in den Landgemeinden: die Amtshauptmannschaft.
- 2. für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten
 - a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat,
 - b) im übrigen: die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß.

III.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke (§ 7 des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit § 9 der Wahlordnung) hat durch die nach Ziffer II, 1 dieser Verordnung zuständigen Behörden unverzüglich zu geschehen; die Amtshauptmannschaften haben den Gemeindevorständen sofort zu eröffnen, in welcher Weise die Stimmbezirke auf dem platten Lande abgegrenzt sind.

2. Eine Abschrift der nach § 9 Abs. 2 der Wahlordnung erforderlichen Anzeige an den Wahlkommissar ist dem Ministerium des Innern einzureichen.

IV.

1. Die Aufstellung der Wählerlisten durch die Gemeindebehörden (§ 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit §§ 1 und 2 der Wahlordnung) ist unverzüglich nach der Abgrenzung der Stimmbezirke in Angriff zu nehmen und dergestalt zu beschleunigen, daß die Listen spätestens bis Ende dieses Jahres fertiggestellt sind.

2. Die Aufstellung der Wählerlisten in solchen Gemeinden, zu deren Steuerflur ein selbständiger Gutsbezirk gehört, erfolgt auch für die Bewohner des Gutsbezirks mit durch die Gemeindebehörde (vgl. § 84 der Landgemeindeordnung, § 8 der rev. Städteordnung).

Dresden, am 7. Dezember 1918.

181 I L.

Ministerium des Innern.

Reffelsdorf.

Lebensmittel-Bezug.

Sämtliche Haushaltungsvorstände wollen sich bis **Sonnabend den 14. Dezember** bei einem der hiesigen Kaufleute, wo sie beabsichtigen vom 16. Dezember 1918 bis 31. Januar 1919 die zur Verteilung kommenden Waren zu beziehen, unter Vorlegung der grünen Karten melden. Die bisherigen Kundenlisten für Nahrungsmittelbezug bleiben bestehen. Zugelassene Kaufleute: Schmiedecke, Starke und Gelfert.

Reffelsdorf, am 9. Dezember 1918.

Der Ortsauschuß.

zeugung durchdringt, daß wir sonst aus dem gegenwärtigen Elend überhaupt nicht mehr herauskommen. Eine einzige Ermüdung schon hat eigentlich zwingenden Charakter: unsere Feinde lehnen es ab, wozu sie jetzt auch kommen, mit Vertretern von A.S.R. zu verhandeln. Der Vorwärts selbst muß berichten, daß die Franzosen in Straßburg diese Obrigkeitvertreter, soweit sie sich nicht rechtzeitig in Sicherheit brachten, verhaften ließen, und daß lediglich wegen ihrer Eigenschaft eben als Mitglieder eines A.S.R. In Ludwigsbafen, in Mannheim, überall lautet ihre erste Forderung: Auflösung dieser Körperschaften, mit ihnen werden wir uns auf gar nichts einlassen. Daß die Engländer genau so verfahren, ist bekannt. Daraus muß man aber den zwingenden Schluß ziehen, daß auch die Regierung Ebert-Haase von unseren Feinden nicht als verhandlungsfähig anerkannt werden wird, da sie ja ihre Vollmachten lediglich vom Volksgauleiter herleitet und dieser wiederum nichts weiter ist als eine von dem Berliner A.S.R. gewählte Körperschaft.

Als Weg aus dieser Situation heraus bezeichnete dieser Tage der bekannte deutsche Rechtslehrer Professor Dr. Karl Binding in einem Zeitungsaufsatz den sofortigen Erlass eines Gesetzes über die Wahl eines Reichsverweisers durch Bundesrat und Reichstag, die eben für diesen einen Zweck nun doch noch einmal in Bewegung gesetzt werden müßten, und Wahl des Reichsverweisers durch dieselben Körperschaften bis zum 1. Januar. Somit könnten die Feinde einfach über uns hinweggehen, da sie keine geistige Regierung im Lande vorfinden, mit der sie einen dauernden Frieden schließen könnten. Der Vorwärts erhob gegen diese dringende Forderung den Einwand, daß Bundesrat und Reichstag plötzlich wieder zum Leben erweckt werden sollten; davon will er, um der möglichen Folgen willen, nichts wissen, und so schlägt er seinerseits eine regelrechte Volksabstimmung vor über die Frage, ob Ebert-Haase bis zur endgültigen Entscheidung durch die Nationalversammlung die Geschäfte weiterführen und Frieden schließen sollten oder nicht. Aber die Notwendigkeit einer ungefährten Entscheidung durch die Mehrheit des Volkes, also auf nicht-revolutionärem Wege, erkennt auch der Vorwärts an, und in der Tat, wir werden auf sie nicht verzichten können.

Dazu kommen nun noch die Freitagvorgänge in Berlin. Sie sind zwar nicht völlig geklärt, aber so viel sieht man ganz deutlich: auch die Arbeiter und Soldaten haben kein Vertrauen zu dem gegenwärtigen Stande der Dinge, sie drängen die Regierung dazu, endgültige Zustände zu schaffen, die Rubeförderer im Lande zum Schweigen zu bringen und ein starkes Regiment aufzurichten, das Dauer verspricht. Bis zur Ausrufung Eberts zum Präsidenten der Republik hat sich vor dem Reichskanzlerpalais die erregte Stimmung einer bewaffneten Soldatengruppe verhalten — so rasch geht es nun allerdings doch nicht. Aber Ebert ließ in seiner Ansprache keinen Zweifel darüber bestehen, daß er — für seine Person — bereit ist, die Wahlen zur Nationalversammlung früher, viel früher, womöglich sogar noch im Dezember stattfinden zu lassen. Die Entwicklung droht nun einmal mit aller Macht nach dieser Richtung, und wer sich ihr ernstlich widersetzen wollte, über den wird sie hinwegschreiten. Es müßte denn sein, daß man es um dieser Frage willen zum Bürgerkrieg kommen lassen wollte. Dieses Alldurchkreuzt aber wird uns doch wohl erspart bleiben. Die Regierung braucht nur entschlossen zu handeln, dann wird die Ordnung in Deutschland sich von selbst durchsetzen.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Abschaffung der Wehrpflicht?

Im Einverständnis mit dem französischen Oberkommando findet voraussichtlich am 12. oder 13. Dezember auf Anregung unserer Waffenstillstandskommission eine Zusammenkunft statt, die über die Verlängerung des Waffenstillstandes beraten soll. — Der Minister Churchill erklärte, die englische Regierung würde auf der Friedenskonferenz die allgemeine und vollständige Abschaffung der militärischen Dienstpflicht fordern.

Kein Verständigungsfrieden!

Was uns von den Feinden, insbesondere den Franzosen und Engländern, droht, darüber ist man sich wohl allgemein klar. Diese Befürchtung wird aber jetzt auch von neutraler Seite geäußert.

D Haag, 7. Dez. Der holländische Minister des Auswärtigen hat sich gegenüber der Kammer hinsichtlich folgendermaßen geäußert: „Der Friede, der in Aussicht steht, wird wahrscheinlich nicht in dem Charakter eines Verständigungsfriedens haben als eines Friedens, bei dem die Anerkennung vor allen Dingen durch die Meinung einer der kriegsführenden Parteien bestimmt werden, mindestens aber in starkem Maße unter dem Einfluß derselben stehen wird.“

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, fordert die große Mehrheit der öffentlichen Meinung in Frankreich die Wiederherstellung der Grenze gegen Deutschland, wie sie ungefähr 1814 bestand, so daß die Erzbecken von Saarbrücken und Lothar gegenüber Karlsruhe zu Frankreich geschlagen würden. Weiter müßten die deutschen Provinzen links des Rheins neutralisiert werden.

Die augenblickliche englische Besatzung in Köln, die aus Kavallerie besteht, ist nur eine vorläufige, da sie durch andere Truppen ersetzt wird. Nach allen Meldungen von dort benehmen sich die Engländer einwandfrei.

Die Puffschverfuche in Berlin.

Soldateneinziehung vor der Reichskanzlei. — Mischlicher Anschlag auf den Volksgauleiter. — Kampf zwischen Truppen und Spartakusleuten. — Zahlreiche Tote und Verwundete.

Berlin, 7. Dezember.

In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es an verschiedenen Stellen der Reichshauptstadt zu bewegten Szenen. Vor dem Reichskanzlerpalais kam es zunächst zu einer Soldateneinziehung für die neue Regierung, in deren Verlauf Ebert die Präsidentschaft der deutschen Republik angeboten wurde. Fast zu gleicher Zeit erschien — noch weiß man nicht, in wessen Auftrage — eine Truppenabteilung im Abgeordnetenhaus, wo der Volksgauleiter des A.S.R. seinen Sitz hat, und verhaftete den ganzen Volksgauleiter. Erst nach längerem Auseinanderlegen wurde die Maßnahme rückgängig gemacht. Als diese Vorgänge in den Versammlungen bekannt wurden, die der Spartakusbund einberufen hatte, veranstalteten dessen Anhänger einen Demonstrationsausflug, der mit Regimentsstruppen zusammenstieß. Es kam zu blutigen Kämpfen, in deren Verlauf 16 Personen getötet und eine große Anzahl verwundet wurden.

Eine Ansprache Eberts.

Unter Führung des Soldaten Spiro waren Soldaten und Matrosen in großer Menge vor das Reichskanzlerpalais gezogen, wo der Anführer eine zündende Ansprache hielt, in deren Verlauf er sich gegen den Volksgauleiter wandte und den Volksbeauftragten Ebert zum Präsidenten der deutschen Republik ausrief. Von tausendstimmigen Schreien begrüßt nahm Ebert das Wort und führte u. a. an:

„Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die Waffenstillstandsbedingungen unserem Volke auferlegt haben. Unsere Volkswirtschaft ist der Grundstock unseres Lebens. Noch schwerer wird unter Wirtschaftslieben bedroht, wenn eigenmächtige Maßnahmen in den Betrieben zum schließlichen Schaden der Arbeiterklasse getroffen werden. Wir wollen unter sozialem Programm nicht mit einzelnen Experimenten, sondern im Rahmen der Reichsgesetzgebung durchzuführen. Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Wenn ihr jetzt stürmisch die Einberufung der Nationalversammlung begehrt, so vergeßt nicht, daß eure Kameraden erst auf dem Rückmarsch sind und daß sie, die mit euch alle Kriegsnöte geteilt haben, auch wählen wollen. Geduldet euch bis zur Tagung aller deutschen A.S.R. am 18. Dezember, die sich über den technisch frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden sollen.“

Ebert schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die junge Republik. Nun nahm ein Matrose auf Hensburg das Wort, um an Ebert die Frage zu richten, ob er dem Hofe, Präsident zu werden, folgen wolle oder nicht. Nachdem Ebert erklärt hatte, er wolle bis zur Nationalversammlung gemeinsam mit den andern Volksbeauftragten die Regierung weiterführen, sogen die Massen in größter Ordnung in geschlossenen Zügen ab.

Die Vorgänge im Volksgauleiter.

Während die Rundgebung vor dem Reichskanzlerpalais stattfand, erschienen plötzlich im Abgeordnetenhaus im Zimmer des Volksgauleiters Soldaten und erklärten alle Anwesenden im Namen der Regierung für verhaftet. Der einzige Leutnant, der die Soldaten führte, versicherte den Volksgauleiter, daß eine dreifache Irreführung vorlag. Die Regierung hatte natürlich einen solchen Auftrag nicht erteilt und ordnete die sofortige Entlassung des Volksgauleiters an. Der Leutnant wurde zur Klärung der Angelegenheit in Haft genommen. Der Volksgauleiter ordnete ferner die Verhaftung des Feldwebels der Gardepioniere, eines Offiziersvertreters und einer Reihe weiterer Personen wegen dringenden Verdachtes gegenrevolutionärer Umtriebe an. In dem folgende vorgenommenen Verhör

wurde festgestellt, daß den Mannschaften 5 Mark pro Berlin versprochen worden war, wenn sie sich an dem „Anzug“, von dem die Führer lediglich zu ihnen gesprochen hatten, beteiligten. Ebenso wurde ein gewisser Franz verhaftet, der vorgeführt wurde unter der von ihm zugestandenem Beschuldigung, an der Spitze eines Trupps Soldaten in die Redaktion der Notizen habe eingedrungen zu sein und eigenmächtig den Betrieb aufgehoben zu haben.

Der Straßenkampf.

Der Spartakusbund hatte für den gestrigen Abend drei Versammlungen der Urlauber, Deserteure und Frontsoldaten veranstaltet. Als in den Germaniastraßen, wo eine der Versammlungen — stattfand, ein Soldat die Verhaftung des Volksgauleiters mitteilte, bemächtigte sich aller Anwesenden große Erregung, und als einer der Teilnehmer rief: Laßt uns die Reichskanzlei stürmen, eilte alles auf die Straße. Als der Zug bis zur Chausseestraße gekommen war, wo er sich mit einem anderen Demonstrationenzuge zu vereinigen strebte, trafen ihm regierungstreue Truppen entgegen. Die Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde mit einem Revolveranschlag aus den Reihen der Demonstranten beantwortet. Darauf eröffneten die Soldaten Maschinengewehrfire. Es entstand in der Menge eine unbeschreibliche Panik. 16 Tote und viele Schwerverletzte blieben auf dem Platze. Nach anderen Nachrichten soll die Zahl der Toten noch höher sein.

Die Nachricht, daß das Vorgehen des Militärs auf einen Befehl des Generalkommandos der Gardebetuppen zurückzuführen ist, wird durch eine Erklärung des Kriegsministeriums widerlegt. Auch das Kriegsministerium hat keinerlei Anordnung ergehen lassen, die das Vorgehen der Truppen beeinflussen konnte.

Noch keine Klärung.

Berlin, 7. Dezember, abends.

Heute mittag traten die Reichsleitung und der Volksgauleiter zusammen, um gemeinsam über die gestrigen Vorgänge zu beraten. Die Rote Fahne, das Organ der Spartakusgruppe, forderte zum Generalkrieg auf. Die Arbeiterchaft in ihrer Masse folgte diesem Rufe nicht; nur in einzelnen Betrieben, wo die Spartakusleute in der Mehrzahl waren, wurde die Arbeit niedergelegt. Besonders in Neustadt, wo die Anhänger Liebknechts fast ungehindert herrschen, machte sich starke Erregung bemerkbar. Ein Trupp von etwa 2000 Personen zog nach Berlin. — Im Tiergarten hielt Liebknecht vor einer Versammlung von Munitionsarbeitern eine Ansprache, in der er heftig gegen die gestrigen Vorgänge protestierte und die Regierung angriff.

Auf den Straßen herrschte nachmittags noch Ruhe, obwohl man mehr bewaffnete Patrouillen sah und man auf der Kommandantur mit weiteren Zusammenstößen rechnete. Die Freiheit, das Blatt der Unabhängigen, erregt offen die Partei der Spartakusleute und wehrt fast noch mehr als diese gegen die Richtung Ebert-Scheidemann. Die Lage erscheint sehr verworren.

Für morgen, Sonntag, sind sowohl von den Mehrheitssozialisten, wie den Unabhängigen und dem Liebknecht-Folge Massenversammlungen an verschiedenen Stellen einberufen.

Von Deutschland verlangte Garantien.

Einberufung eines Reichstages?

Berlin, 9. Dezember.

Aber die Natur der von Wilson vom deutschen Volke für einen Friedensschluß verlangten Garantien schreibt man aus New York: Im Jahre 1871 nahm Frankreich politische Reinigung vor, ehe es Frieden schloß. Nicht nur das Napoleon abhandelte, das ganze französische Kaiserreich wurde vom französischen Volke geführt. So war das Frankreich, mit dem Deutschland Frieden schloß, nicht das Frankreich, gegen das Deutschland ins Feld gezogen war. Wilson versucht keineswegs den genauen Modus vorzuschreiben, nach dem als eine Vorbedingung für den Frieden Deutschlands politische Reorganisation zu erfolgen hat. Er verlangt lediglich eine Regierung, die dem deutschen Volke verantwortlich ist. Das bedeutet zum mindesten einen Reichstag, der vom Volke auf Grund eines Wahlgesetzes gewählt ist, das ihn zu einer wirklichen Volksvertretung macht. Das bedeutet weiter ein Ministerium, das diesem Reichstage in vollem Umfange verantwortlich ist. Das bedeutet endlich, daß die Einrichtung des Bundesrates so reformiert wird, daß sie der jetzigen nicht mehr ähnlich sieht.

Liselottes Heirat.

32] Roman von P. Courths-Mahler.

Ohne Freude ließ sich Liselotte für das Souper in Gernrode anziehen. Sie hatte ihre Jungfer die Wahl des Kostüms treffen lassen und sah kaum in den Spiegel, als sie fertig war. Wozu auch? Es war ja eierlei, wie sie aussah, denn gegen die schöne Sibylle konnte sie doch nicht aufkommen.

Sie fühlte sich so müde und unlustig, so einsam und gedemütigt, daß sie am liebsten nicht von der Stelle gegangen wäre. Das Übermaß des Leidens, das sie in der letzten Zeit zu tragen gehabt hatte, stumpfte sie ab gegen alles, was an sie herantrat.

Als sie fertig zur Abfahrt hinunterkam, warteten die beiden Herren in der Halle bereits auf sie. Wolf sah besorgt in ihr blaßes Gesicht. War es nicht zuviel, was er ihr heute zumutete?

Aber es sollte ja nun ein Ende gemacht werden mit diesem halbtoten Zustand. Er hatte seinen Vater gebeten, mit nach Gernrode zu fahren, trotz seines Rheumas, und dieser hatte sich sofort dazu bereit erklärt. Es war ja nicht abzusehen, wie die Unterredung mit Sibylle abliefe, und Frig Gernrodes Anwesenheit konnte nur von Nutzen sein. Es wurde nicht viel gesprochen zwischen den Dreien während der Fahrt. Jeder hing seinen eigenen Gedanken nach.

Als sie in Gernrode ankamen, fanden sie die Gesellschaft fast vollständig verarmelt. Sibylle begrüßte sie mit strahlendem Gesicht und freudig glänzenden Augen. Sie trug eine entzückende Toilette aus schwarzem Chiffon mit reicher Ballestendenz, und die blaße, müde Liselotte sah sehr unvorteilhaft aus gegen die sieghaft schöne Frau.

Sibylle preßte Wolfs Hand fest zwischen der ihren bei der Begrüßung und sah ihn bedeutungsvoll an. Er erwiderte diesen Blick mit ernstem Gesicht.

Sibylle war in einem unbeschreiblichen Zustand der Aufregung. Unfähig, Wolfs Zurückhaltung länger zu ertragen, hatte sie ihm jenen Brief geschrieben. Sie mußte ihn allein sprechen, ihm allein gegenüberstehen, um zu leben, wie weit sie ihre Macht über ihn verloren, was sie noch

zu hoffen hatte. In den letzten Tagen war ein würgender Zweifel in ihr aufgestiegen, ob es gelingen würde, den Mann wieder zu gewinnen.

Sie mußte Gewißheit darüber haben, mußte retten, was noch zu retten war, wenn sie nicht den Verstand verlieren sollte.

Mit ihrem Manne hatte sie, Sendens wegen, nach der Heimkehr von der Wartburg eine Szene gehabt, die damit endete, daß er darauf verzichtete, Senden zur Heide zu stellen, wenn dieser ihm durch sein Verhalten nicht erneut Anlaß dazu gäbe. Senden kam nach wie vor nach Gernrode, wurde den einen Tag liebenswürdig von Sibylle empfangen, den andern spöttisch behandelt und hatte dabei das etwas unbequeme Gefühl, daß ihn der Hausherr sehr mißtrauisch beobachtete. Sibylle hatte jedoch auf sein Herz einen so starken Eindruck gemacht, daß er sie nicht aufzugeben vermochte.

Auch heute abend war er natürlich zugegen und Sibylle hatte mit großem Geschick mandorliert und ihres Gatten Eifersucht benutzt, um diese beiden für den Abend unendlich zu machen. Sie wußte, ihr Mann würde Senden nicht aus den Augen lassen.

Mit doppelter Liebeshörigkeit kam sie Senden entgegen. Er war ihr Tischnachbar und süßte sich durch diese Auszeichnung in sehr animierter Stimmung. Wie soll ich Ihnen danken, schöne, reizende Frau, daß Sie mir den Platz an Ihrer Seite gönnen?

Dadurch, daß Sie sehr artig sind, Herr von Senden, und mir nicht immer so fade Schmeicheleien sagen. Schmeicheleien? Sie wissen ja selbst, daß alle meine Worte zu arm sind, um auszudrücken, wie sehr mich Ihr Anblick entzückt.

Es wäre mir lieber, Sie unterhielten mich etwas interessanter.

Sie selbst sind für mich der interessanteste Gesprächsstoff.

Da ich mich sehr genau kenne, bin ich mir selbst indes gar nicht interessant. Sprechen wir also von etwas anderem, was auch mir Vergnügen macht.

Gut, wie Sie beschließen. Wie wäre es mit einem Gedankenaustausch über Rabenhan?

Sie lächelte. Nicht mein Fall, dafür werden Sie sich mehr erwärmen können als ich.

„Aum glaublich. Ich fasse dies Thema geradezu, aber Ihnen zuliebe beschäftige ich mich auch damit. Was gäbe es überhaupt, das ich Ihnen nicht zuliebe täte!“

„Sie langweilen mich ganz entschieden.“ — „Sibylle, warum so grausam?“

Sie sah ihn ärgerlich an. „Unterlassen Sie es doch, mich beim Vornamen zu nennen. Mein Mann hat Ihnen dieselbe Vertraulichkeit von der Wartburg noch nicht vergessen. Hört er es wieder, gibt es ganz sicher eine Katastrophe.“

Senden seufzte. „Es ist ein Elend. Ich muß die Eifersucht Ihres Gatten ertragen, ohne daß er dazu Veranlassung hätte. Mit Bonne würde ich sie auf mich nehmen, wenn er ein Recht dazu hätte.“

„Sie wollen mich ernstlich böse machen?“ — „Nein, um alles nicht. Wissen Sie, daß ich noch tausendmal eifersüchtiger bin als Ihr Gatte?“

„Auf wen?“ — „Auf Gernrode. Leugnen Sie nicht, ich weiß, ich fühle es, daß er Ihnen mehr gilt als alle andern Männer.“

Sie zuckte die Achseln. „Sie sind ein Tor, Senden. Herr von Gernrode ist als Flibbertwäcker total ungeschicklich. Ich verstehe überhaupt nicht, wie Sie sich in diese Idee verrennen können. Ich habe Ihnen doch wiederholt versichert, daß ich ihn kaum zu Gesicht bekomme.“

„Aber wenn Sie ihn ansehen, dann reden Ihre Augen eine Sprache, die, gälte sie mir, mich vor Glück um Sinn und Verstand brächte.“

Dann ist es ja ein Segen, daß ich dies Unheil nicht bei Ihnen anrichte. Aber ernstlich, Senden, verzeihen Sie mich mit diesen Eifersüchteleien. Davon habe ich genug von meinem Mann zu kosten, in bezug auf Sie, und keiner von Ihnen hat Veranlassung dazu.“

(Fortsetzung folgt.)

Danik im Kriegsspekulantenlager.

Abnahme geregelter Preisverhältnisse.

Das Steigen und Fallen der Preise wird nach der Abregung der Theoretiker durch feststehende Naturgesetze bestimmt, etwa wie das Steigen und Fallen des Luftdruckes in den Röhren oder des Quecksilbers im Thermometer. In der Regel verläuft der Vorgang auch gleichmäßig; doch gibt es unberechenbare Einflüsse, die plötzlich und unerwartet in den gewöhnlichen Lauf der Dinge eingreifen und die klügsten Speculanten täuschen.

Zu diesen unberechenbaren Faktoren gehören a. B. die Panik der Speculanten und die Laune der Käufer. Welche große Rolle diese bei der Preisbildung spielen, sei an zwei nabellegenden Beispielen gezeigt. Raum stand der Waffenstillstand, der uns zugleich die Fortsetzung jeder Kampfhandlung unmöglich machte, vor der Tür, so fielen auch schon die Preise der Zigarren im Groß- und im Kleinhandel um 30 bis 50%. Es zeigte sich, daß die Käufer und Speculanten so große Warenmengen in Händen hatten, daß sie aus Furcht, sie könnten diese nicht rechtzeitig vor der Einfuhr ausländischer Zigarren und Hochtabake unterbringen, die Ware zum Selbstkostenpreise oder auch unter demselben loszuschlagen. Dabei wirkte das Bedauernsvormögen des Publikums, das sich zum großen Teil der Zigarren wegen der außerordentlichen Teuerung bereits entzündet hatte und wegen der in ungeheuren Mengen auf den Markt gebrachten ungenießbaren Ersatzfabrikate von Mißtrauen gegen die Verkäufer erfüllt war, auch noch preisdrückend.

So wie bei einem Feuer die Gefahr durch die Panik ins Ungeheure gesteigert wird, so wird auch bei einer Panik auf dem Warenmarkt die Gefahr durch jene Speculanten gewaltig übertrieben, die als Erste das Hakenpanier ergreifen. Sie reizen die andern mit sich fort, und alles drängt dem Ausbruch zu, wo die Rettung nicht mit den Launen des Publikums aber steht es so: Solange das Kriegsende nicht abzusehen war, kauften es die notwendigen Erzeugnisse, a. B. Kleidungsstücke, zu ganz enormen Preisen — man sagte sich in das Unabwendbare. Jetzt, wo der Krieg nach menschlicher Berechnung beendet ist, wird das Publikum zurückhaltend.

„Es muß ja alles bald viel billiger werden.“ Das ist die allgemeine Erwartung. Obwohl nun zunächst noch jede Aussicht auf eine Entlastung der Rohstoffe, auf ein Fallen der Löhne usw. fehlt, d. h. auf ein Eintreten der Umstände, die preiswiderwendig wirken, kann man der Hoffnung des Publikums einen gewissen Erfolg nicht absprechen. Die Lager der Kaufleute sind geräumt — diese warten auf Käufer, die nicht kommen wollen. Hunderte, Tausende können das nicht lange aushalten und beginnen ihre Waren mit geringem Gewinn loszuschlagen. Die Konkurrenz kann das nicht ruhig mitansehen — und sie muß mit den Preisen heruntergehen, wenn sie ihre Kundenschaft nicht verlieren will. So kann selbst eine trübselige Hoffnung auf billige Preise unter Umständen billige Preise herbeiführen.

Mit Recht sagen die Kaufleute: Das Publikum ist unberechenbar; aber es gibt noch viele andere unberechenbare und tatsächlich unberücksichtigte Faktoren. Die Tendenz nach unten ist unverkennbar, trotz aller Anstrengungen der Interessenten, die Preise festzulegen. Leberreich ist u. a. folgendes Beispiel aus der chemischen Industrie. In den skandinavischen Ländern waren die Chemikalienpreise bis zu einer ungläublichen Höhe emporgeklommen. Erhöhungen um 1000%, ja um einige 1000% waren keine Seltenheit. Sobald der Waffenstillstand unterzeichnet war, begann der Preisfall. In wenigen Tagen ging am schwedischen Chemikalienmarkt der Preis für tauschfähige Soda von 11 bis 12 Kronen auf 6 bis 7 Kronen, für salzsaure Soda von 6 bis 7 Kronen auf 4 Kronen 50 Ore, für kristallisierte Soda von 2 Kronen 50 Ore auf 1 Krone 25 Ore pro Kilogramm zurück. Vor dem Waffenstillstand bezahlte man in Schweden für das Kilogramm Keimöl 30 Kronen, einige Tage später 12 bis 14 Kronen. Der Salmiakpreis ging von 8 bis 9 Kronen auf 4 Kronen, der Preis für Bromkalium sogar von 80 Kronen auf 25 Kronen pro Kilogramm zurück. Eine wahre Angst war in die Händler und Fabrikanten gefahren. Alle Augenblicke hatte man in Skandinavien neue chemische Fabriken errichtet. Superphosphatfabriken, Sulfidfabriken, Fabriken für medizinische Präparate, Sulfidfabriken usw. Man glaubte, sich unabhängig machen zu müssen und erhoffte nach dem Kriege einen rasenden Absatz. Aber jetzt zeigt sich, daß man sich gründlich verpekelt hat. Kürzlich hat England die Ausfuhrerlöse für über 130 Artikel aufgehoben. Darunter für wichtige Chemikalien, wie Alkohol, denaturierten Spiritus, Glycerin, Karbolsäure, Kreosot, Schwefelsäure, salpetrige Säure usw. Es galt, schnell den Absatz zu sichern. Die chemische Industrie Skandinaviens hat nunmehr die Auslandsfontäne im Lande. Der Wettbewerb hat begonnen, und es fragt sich sehr, ob die vielen Neugründungen lebensfähig bleiben. Ganz ähnlich sieht es mit vielen chemischen Betrieben in der Schweiz, in Spanien und in den Entente-Ländern.

Das Kapital sucht sich natürlich gegen einen jähen Preisfall durch Syndikatsmaßnahmen zu schützen, so a. B. im Kaffeehandel. Vor dem Kriege haben sich leider auch deutsche Banfirmen an Syndikaten beteiligt, um den Preis des Kaffees, dieses unentbehrlichen Genussmittels, künstlich hoch zu halten. Augenblicklich verhandeln die Vereinigten Staaten mit Brasilien wegen der Wertbesehung der ungenügenden und unabhängigen Kaffeebestände. Es heißt, daß die Vereinigten Staaten 100 Millionen Dollar geben wollen, aber dafür das Abgabemonopol verlangen. Rame das Geschäft zustande, so würden die europäischen Kaffeepreise von einem amerikanischen Kontrakt diktiert werden — sicherlich nicht im Interesse der Verbraucher. Wie die Kaffeeplanter in Brasilien haben sich auch die Gummipflanzer in den Kolonialstaaten, in Niederländisch-Indien usw. vererbt; sie haben wild darauf los gebaut und manche Plantagen haben ihre Anbaufläche verdoppelt und verdreifacht. Dementsprechend waren die Ernten ungenügend groß. Die Verkaufspreise sanken bedeutend. Alle Stabilisierungsversuche sind bisher gescheitert.

So sehen wir, daß in der Gewinnsucht die Speculanten, in der übertriebenen Ausnutzung einer Konjunktur auch schon das Heilmittel enthalten ist. Die überproduzierten begehrten Erzeugnisse und die Furcht, mit großen Mengen aufgeschleppter Waren sitzenzubleiben, zwingt die Speculanten zur Umkehr und führt schließlich im Handel wieder normale Zustände herbei.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

+ Es sind bei den Vorbereitungen zur Nationalversammlung darüber Zweifel angefaßt, ob die verschiedenen Obliegenheiten zur Durchführung der neuen Verfassungen auch den Frauen übertragen werden können. Diese Frage ist zu bejahen. Nachdem die Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt sind, müssen sie auch ebenso wie die Männer

zu den Ämtern und Vertrauensstellen zugelassen werden, die das neue Wahlrecht vorsteht. Sie sind also insbesondere befähigt, als Wahlvorsteher oder als Beisitzer oder Schriftführer in den Wahlvorständen und Wahlausschüssen tätig zu werden und können gemäß § 16 der Wahlordnung in den Wahlvorständen als „Vertrauensmänner“ bezeichnet werden.

+ Die deutsche Regierung hat gegen die Sperrung der Ostseeschiffahrt durch die Entente, die dort jeden deutschen Schiffsverkehr unterlag, energischen Einspruch erhoben. Diese neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Wilsonschen Plänen nicht zu vereinbarende Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Anhebung, eine neue Verschlechterung unserer schweren Ernährungsfrage und die unausbleibliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

+ Zu den Lösungsbestrebungen im Rheinland wird aus Trier gemeldet, daß auch dort die Kölner Kundgebung zur Trennung von Preußen Anlauf und in folgendem Telegramm an den Justizrat Trimbom in Köln Ausdruck gefunden hat: „Die Führer der Bewegung für einen freien Rheinland in trierischen Landen begrüßen begeistert die Kölner Kundgebung. Sie werden wie seit Monaten an dem erstrebten Ziele weiterarbeiten Hand in Hand mit Köln.“

+ In kurzer Frist ist eine gesetzliche Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erwarten, um den bisher eingetragenen Mißständen und Zweifeln über die Kompetenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Ende zu machen. Man darf annehmen, daß die Grundlage der Arbeitsgemeinschaften, die zwischen den Unternehmern und den Arbeiterorganisationen vereinbart worden sind, die Grundlage für das Gesetz bilden werden.

Nah und Fern.

O Wegen der bevorstehenden Weihnachtsferien richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Abnehmer, deren Erfüllung wesentlich dazu beitragen würde, die glatte Abwicklung des Weihnachts-Postverkehrs zu erleichtern. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungsmittel recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist oben auf ein Doppel der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort nebst Wohnung zu vermerken; die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern und, wenn irgend möglich, freizumachen.

Die 20 größten Männer des Krieges. Das dänische Blatt „Politiken“ hat ein interessantes Preisauschreiben veranstaltet. Es sollten 20 Persönlichkeiten, die in Kriegen den größten Einfluß ausgeübt haben und deren Namen voranschicklich der Geschichte angehören würden, namhaft gemacht werden. Das Ergebnis lautet: 1. Kaiser Wilhelm, 2. Hindenburg, 3. Ludendorff, 4. Tirpitz, 5. Bethmann Hollweg, 6. Prinz Max von Baden, 7. Lloyd George, 8. Breg, 9. Lord Kitchener, 10. Saig, 11. Clemenceau, 12. Joffre, 13. Koch, 14. Bar Mikolaj, 15. Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, 16. Kerenski, 17. Lenin, 18. Venizelos, 19. Enver Pascha, 20. Wilson. Der Preis für die Lösung der Aufgabe besteht in einer Rückfahrkarte 2. Klasse nach Brüssel. Preisrichter ist ein Kopenhagener.

Neueste Meldungen.

Berlin, 8. Dezember. Die Aussichten unserer Brotversorgung haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge des frostfreien Wetters die Vorratshüter teilweise rascher als erwartet beendigt wurde. Dadurch sind viele Arbeitskräfte frei geworden, jedoch die Verhältnisse der Reichsgetreidekette und der Kommunalverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide, als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang anreicht erhalten wird, werden sich die Einkünfte an Brotgetreide derart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 hinaus gesichert ist.

Berlin, 8. Dezember. Gestern fanden erneut Massenmzüge des Spartakusbundes statt. Die Demonstrationen führten nach Schöneberg mit sich, doch kam es glücklicherweise zu keinen Zwischenfällen. Niedrigst hielt: mehrere Anbrüche und ein anderer Redner verkündete die Begründung einer roten Garde zum Schutze der Revolution. Für den heutigen Sonntag, an dem Massenveranstaltungen der Reichssozialisten, der Unabhängigen und der Spartakusleute stattfinden sollen, sind von allen Seiten besondere Maßnahmen getroffen worden. Man befürchtet ernste Zusammenstöße.

Frankfurt a. M. Prinz Max von Baden veröffentlicht gegen die deutsche Volk, in dem es zum Protest gegen die Waffenstillstandsbedingungen aufgefordert und ermahnt wird, seinen nationalen Stolz und seine Ehre zu wahren und das Selbstbestimmungsrecht aller freien Völker für sich zu fordern.

München, 7. Dez. Der Minister des Innern Auer wurde am Mittwoch in seiner Wohnung von etwa 100 bewaffneten Soldaten überfallen. Sie erpreschten von ihm einen schriftlichen Unterscheid, den er, der Gewalt weichen, freiwilligen Verzicht verweigert, unterschrieb. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er am 2. Dezember schon zurücktreten wollte, von Eisner aber dringend zum Weiterbewegen worden sei.

Die Entlassung der Jahrgänge 1896/97. Berlin, 7. Dez. Wie das Kriegsministerium mitteilt, dient die Zurückhaltung der Jahrgänge 1896 bis 1897 lediglich den Bedürfnissen der Übergangszeit. Die Entlassung der Jahrgänge 1896/97 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Diese sollen keinen Tag länger behalten werden, als der Gang der Demobilisierung und besonders auch der Abfederung der Befragenen es erfordert. Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrganges 1896 Anfang Januar begonnen und auch die von 1897 noch im Januar beginnen kann.

Aufhebung der Beschlagnahme der Gastwirtschäfte. Berlin, 7. Dez. Die Befreiung der Reichsbefreiungsstelle über Beschlagnahme der im Besitz von Hotels, Gast- und Schankwirtschaften und ähnlichen Betrieben sowie Wälderverkehrsgeschäften befindlichen Betr., Haus- und Tischwäusche vom 25. August 1917 tritt außer Kraft.

160 Milliarden verlangt England. London, 7. Dez. Nach einer Erklärung Lloyd Georges verlangt England von Deutschland eine Entschädigung von 160 Milliarden Mark.

Wilson gegen Zahlung von Kriegskosten. Genf, 7. Dez. Aus neutralen Kreisen hört man, daß Wilson gegenüber Lloyd George und Clemenceau einen harten Stand haben wird. Die europäischen Alliierten wollen, daß die Mittelmächte die Kriegskosten zahlen sollen, ein Standpunkt, den Wilson auf das schärfste bekämpfen wird.

Letzte Drahtberichte

des „Bildruffs Tagesblattes“.

Wilhelm II. bereit, sich zu stellen?

Rotterdam, 9. Dezember. (tu.) Gerüchweise verlautete gestern an der Amsterdamer Börse, daß Wilhelm II. bereit sei, aus eigenem Antriebe Holland zu verlassen.

Die Amerikaner in Koblenz.

Koblenz, 9. Dezember. (tu.) Die amerikanische Kommission hat mitgeteilt, daß das bürgerliche Leben in Koblenz ruhig seinen Weg weiter gehen solle und von der amerikanischen Besatzung in keiner Weise gestört werde. Der Bürgermeister hat angeordnet, daß vorläufig bis zum 10. Dezember nicht mehr als drei Personen auf der Straße zusammenstehen dürfen.

Freigabe amerikanischer Lebensmittel.

Haag, 9. Dezember. (tu.) Aus Neuyork wird gemeldet: Die Nahrungsmittelverwaltung hat die Beschränkung für den Handel mit Getreide, Mais, Hafer aufgehoben. Außerdem erlaubt sie eine Verschiffung von Kaffee.

Die Wiederherstellung der Schäden in Frankreich. — Die Ablieferung des deutschen Materials.

Amsterdam, 9. Dezember. (tu.) Der französische Minister für öffentliche Arbeiten hat die Untersuchung des tresser der Wege im Kriegsgewerbe abgeschlossen. Es sind 1800 Brücken zu erneuern, wofür 40000 Tonnen Stahl erforderlich sind, ferner sind 120 Schienen und 5000 Kilometer Schienenweg zu erneuern. Die Ablieferung des deutschen Materials geht dem „Matin“ zufolge unerhört langsam vor sich. Das Ende des Waffenstillstandes nähert sich, sagt das Blatt, und weder Lokomotiven noch Wagen aus Deutschland werden bei der französischen Eisenbahn in Dienst gestellt.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Bildruff, am 9. Dezember

— Die am Sonntag abend im Gasthof zum Adler abgehaltene Versammlung des hiesigen Evang.-nat. Arbeitervereins war zahlreich besucht. Herr Schuldirektor Thomas gedachte als Vorsitzender des Vereins der im verflochtenen Vereinsjahre verstorbenen Mitglieder, deren Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Die übliche Weihnachtsfeier soll erst nach dem Feste und zwar am Neujahrstag 1919 ohne Bescherung stattfinden. Die von 90 Sparern aufgebraachte Summe hatte die seit dem Bestehen dieser Einrichtung noch nie dagewesene Höhe von 13762,69 Mk.; es konnten mit den Zinsen 13851 Mark ausgezahlt werden. Seitens des Vorstandes wurde Herrn Kassierer Gründer und seinen Gehilfen, den Vertrauensmännern, der wohlverdiente Dank gezollt.

— In den letzten Tagen erfüllen sich dreißig Jahre, seitdem Herr Hutmachermeister Otto Reinhardt als Erziehungsbefehlshauer in unserer Stadt tätig ist; auch gehört R. 33 Jahre ununterbrochen der bewaffneten Abteilung des hiesigen Militärvereins an.

— In das hiesige Lehrerkollegium ist Herr Lehrer Zehler, der dem Heere als Vizefeldwebel bisher angehörte, neu eingetreten.

— Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts erläßt folgende Bekanntmachung: 1.) Kinder von Dissidenten sind nicht mehr verpflichtet, an dem Religionsunterrichte einer anerkannten oder befähigten Religionsgesellschaft teilzunehmen; sie sind auf schriftlichen, an die Schulleitung gerichteten Antrag der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterrichte in den Schulen zu befreien. 2.) Die Schulleiter haben den Bezirkschulinspektoren am Vierteljahrschluß die Namen der befreiten Kinder zur Listenberichtigung anzuzeigen. 3.) Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

— Ueber das Tragen von Orden und Ehrenzeichen im neuen Deutschland bestehen vielfach irrige Auffassungen. Demgegenüber sei festgesetzt, daß die Anlegung von Orden von keiner behördlichen Stelle verboten ist und die Orden nicht aufgehoben wurden. Ebenso bestehen alle verliehenen Titel weiter.

— Norwegische Heringe für Deutschland? Der „Vorwärts“ meldet: Wenn die norwegische Parteipresse recht unterrichtet ist, wird die Regierung Norwegens uns mit Heringen aus Heeresbeständen beliefern. In Stavanger sollen 50000 Fäß liegen, deren Abtransport nach Deutschland in Vorbereitung sei.

— Durch die Unfälle der Reisenden, noch auf den Zug aufzuspringen, während er sich schon in Bewegung gesetzt hat, oder aus noch nicht vollständig zum Halter gekommenen Zügen auszuspringen, haben sich in letzten Zeit wiederholt schwere Unfälle ereignet. Ein solches Gebahren ist nach den bahnpolizeilichen Bestimmungen verboten und strafbar. Für die Eisenbahnverwaltung besteht aus keinerlei Haftpflicht, wenn hierbei Personen Schaden erleiden. Das Zugbegleitpersonal und die Bahnhöfe sind angewiesen, die Namen der schuldigen Reisenden festzustellen und der Betriebsdirektion zur Bestrafung anzuzeigen.

— Der Achtkundentag bei der Post. Das Reichspostamt hat anlässlich der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit die Anordnung getroffen, daß die Rückkehr des Personals aus dem Heeresdienst dazu zu benutzen ist, das Leistungsmaß der Unterbeamten allgemein herabzusetzen. Als untere Grenze ist dabei eine Leistung von 54 Stunden wöchentlich angenommen; die Höchstleistung darf auch bei leichtem Dienst 60 Stunden nicht überschreiten. Die endgültige Regelung des Arbeiterdienstes für das gesamte Personal bleibt einer späteren Anordnung vorbehalten.

— Gastung der Post. Eine Begleiterscheinung der Neuordnung der Dinge ist das Entweichen der mannigfachen Gerüchte. So verlautet gerüchweise, die Gastung der Post werde aufgehoben. Demgegenüber wird von amtlicher Stelle erklärt, daß bei fortdauer normaler Verhältnisse die Post nach wie vor im Rahmen der geltenden Vorschriften für die ihr anvertrauten Sendungen haften.

— Grumbach. Der oft und schwer vorbestrafte Künstler Hermann Bruno Misch, genannt Jurich, von hier, der einer großen Anzahl Personen erhebliche Geldbeträge abschwand, „weil er Petroleum verschaffen könne“, und

einen Wäschdiebstahl verübte, wurde zu 1 1/4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

— **Meißen.** Von der Gendarmerie des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks Meißen sind im Monat November 650 Anzeigen, darunter 8 Haftanzeigen erstattet worden und zwar wegen Diebstahls 82, Betrugs 2, Sachbeschädigung 1, Brandstiftung 1, groben Unfugs 1, straßenpolizeilicher Uebertretung 2, gewerbepolizeilicher Uebertretung 1, Verletzung sonstiger Strafbestimmungen 25, darunter 18 wegen Uebertretung kriegswirtschaftlicher Vorschriften. In Erdbeerungs- und sonstigen Dienstangelegenheiten sind 510 Anzeigen zu erstatten gewesen. Festgenommen wurden 11 Personen und zwar wegen Haftbefehls, Ausschreibens in Fahndungsblättern 9, Verletzung sonstiger Strafbestimmungen 2. Diebstähle kamen 46 schwere und 56 einfache zur Anzeige, wovon 7 schwere und 27 einfache durch Ermittlung der Täter erledigt werden konnten. Ein eingetretener Brand war auf Selbstentzündung zurückzuführen.

— **Niederwartha.** Als sich Donnerstag abend der Baumeister Wilh. Säurig aus Cosselbaude mit dem Zuge nach seinem Heimort zurückbegeben wollte, wurde er unterwegs im Eisenbahnzuge von einem tödlichen Schlaganfall betroffen. Der 62 Jahre alte Architekt hat sich um die Entwicklung von Cosselbaude verdient gemacht.

— **Dresden.** Gegen den hiesigen A- und S-Rat, der den minderbemittelten Bevölkerungskreisen empfohlen hatte, vor der Neuanschaffung von Möbeln, Schuhwaren und Bekleidungsgegenständen das Sinken der hohen Verkaufspreise abzuwarten, wenden sich auch sachkundige Gewerbetreibende mit einem Hinweis auf den Achtstundentag und die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung. An einen Rückschlag der Preise sei für lange Zeit nicht zu denken.

— **Niederwartha.** Mit einem Sonderzuge traf hier das Freiburger Jäger-Ersatzbataillon ein. Bei der Einfahrt des Zuges ereignete sich leider ein schwerer Unfall, Hauptmann Dreschke öffnete vorzeitig die Abteilungsstüre und wollte aussteigen. Er glitt dabei vom Trittbrett ab, geriet unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß er nach wenigen Stunden verstarb. Hauptmann Dreschke ist ein Sohn des Herrn Justizrates Dreschke in Freiberg und war zuletzt als Landgerichtsrat in Zwickau tätig.

— **Baun.** Der Nationalliberale Verein beschloß, sich mit dem Liberalen Verein zusammenzuschließen, und sich zur Demokratischen Partei zu bekennen. Den gleichen Beschluß faßte umgekehrt der Liberale Verein.

— **Chemnitz.** Zum Empfang der Husaren, die am Freitag aus ihren vorübergehenden Quartieren in der Mitt-

weidauer Gegend ihren Einzug in Chemnitz halten wollten, hatte sich am Gasthaus zu Ebersdorf ein zahlreiches Publikum eingefunden. Zu der hier geplanten Begrüßung kam es aber nicht, denn kurz vor der Ankunft vor dem genannten Gasthaus hatten mehrere Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, die unter Mitführung eines Lastautos dem Zuge entgegengefahren waren, die Truppen aufgefordert, ihre Waffen abzugeben. Die Mannen hatten dies verweigert. Infolge der an sie ergangenen Mitteilung, daß in zwei in der Nähe befindlichen Bauerngütern Maschinengewehre aufgestellt seien, kam es zu Differenzen, in deren Verlauf mehrere Schüsse abgegeben wurden. Mehrere Leute der Bedienungsmannschaft der Maschinengewehre wurden verletzt; ein Teil flüchtete. Gegen die Zurückbleibenden und eine Anzahl Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates gingen die Mannen tätlich vor, sodann wurden die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates nach Waffen untersucht und unter scharfer Bedeckung im Zuge mitgeführt. Wenige Minuten später ereignete sich ein weiterer Zwischenfall, als das Mannenregiment auf eine Abteilung von etwa hundert bewaffneten Infanteristen stieß. Diese gaben an, als Ehrenkompanie der einziehenden Truppe entgegengefaßt worden zu sein. Da sie aber scharf geladen hatten, mußten die Infanteristen auf Befehl des Kommandeurs der Mannen ihre Gewehre zusammenstecken. Sie wurden ebenfalls unter scharfer Bedeckung im Zuge mitgeführt. Ohne weitere Zwischenfälle erreichten dann die Mannen die Kaserne, wo Major Genthe in einer markigen Ansprache sich und das Chemnitzer Mannenregiment als treu zur Regierung Eberthaase stehend bezeichnete. — Schon vor dem Einzug hatte der Arbeiter- und Soldatenrat das Regiment aufgefordert, sich entwaffnen zu lassen; die Mannen dagegen wollten ihre Waffen erst nach dem Eintreffen in ihrer Kaserne abgeben und der Soldatenrat des Mannenregiments beschloß demgemäß. Am Sonnabend erschien auch noch der Soldatenrat der Mannen beim hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat und legte dar, daß das Regiment treu zur Regierung Eberthaase stehe, daß es aber nichts mit den Unabhängigen, die im Chemnitzer Soldatenrat stark vertreten sind, zu tun haben wolle.

— **Leipzig.** Ein aus dem Felde heimgekehrter Soldat schreibt im „Leipz. Tgl.“: Vor einigen Tagen aus dem Felde heimgekehrt, hatte ich in Leipzig dienstliche Aufträge zu erledigen. Als ich durch die Grimmaische Straße gehe, begegnet mir ein Offizier, der den Pour le merite trägt. Als deutscher Frontsoldat begrüße ich denselben im Gefühl

der Hochachtung, wenn ich auch nach Bestimmung des Soldatenrates nicht dazu verpflichtet bin. Kaum habe ich das getan, hält mich ein Soldat an, um mich wegen des Grußes zur Rede zu stellen. Auf mein Befragen nach seinen Ausweispapieren kann er mir solche nicht zeigen, will mir aber einen Vortrag über „gestürzten Militarismus“ und „Republik“ halten. Ich lasse ihn kurzerhand stehen, worauf der Betreffende mir folgt, mich weiter belästigt, sogar angreift und mit dem Herunterreißen meiner Kokarden droht. Man soll die Auswüchse nicht zu groß werden lassen, es könnte sonst sein, daß die Heimkehrenden ganz entschieden Front machen gegen solche Soldaten, die meist das Feld nie gesehen haben. Wir unterordnen uns freudig einem Regiment, das Ordnung schaffen will; wir verwahren uns aber ernstlich gegen die Herrschaft der Gasse.

Briefkasten.

Franz W. u. Karl Schl. in Wilsdruff. Lieber Briefkastenonkel! Wir bitten Sie, uns einmal Antwort darüber zu geben, ob das Gesetz der Achtstunden-Arbeitszeit auch für die Lehrlinge gilt. — Ja, der Achtstunden-Arbeitszeit erstreckt sich auch auf die Lehrlinge. Ich nehme an, daß Euch nur Witzbeaterde zu der Anfrage veranlaßt hat. Als Lehrlinge müßt Ihr nur allein darauf bedacht sein, Euer Können möglichst zu vervollkommen, ganz gleich, ob dabei hin und wieder die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird. Ueberlaßt die Länge der Arbeitszeit ruhig Eurem Meister, der sicher auch nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommen will.

G. R. u. W. Sch. in Z. Der Onkel versteht nicht recht, warum Sie an der Bezeichnung „Der Gedächtnistag Gottes“ Anstoß nehmen? Lassen Sie doch die Leute glauben, was sie wollen. Es ist das übrigens wohl lediglich eine deutsche Bezeichnung für Sabbat. Manche Sekten feiern bekanntlich den Sonnabend statt des Sonntages.

X. Diese Schenkung ist rechtsgültig, die daraus resultierenden tatsächlichen Einkünfte sind natürlich bei der Einkommensteuer bzw. Vermögenssteuer zu deklarieren. Erbschaftsteuer ist von einer Schenkung nicht zu entrichten. Natürlich darf in einem etwaigen Testament Ihrer Schwiegermutter dieser Betrag nicht mehr als „Erbe“ bezeichnet werden, sondern hat auszufcheiden.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schumke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer: I. K. Gärtner. für den Inseratenteil: Arthur Schumke, beide in Wilsdruff.

Statt Karten.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meines immer noch viel zu früh dahingegangenen treuerförenden Vaters, Schwieger- und Großvaters, des

Getreidehändlers Karl Moritz Starke

sagen wir allen lieben Verwandten, Nachbarn und Bekannten für die vielen Beweise der Liebe und Anteilnahme durch Wort und Schrift, den reichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Zacharias für die trostreichen Worte im Haus und am Grabe und Herrn Kantor Zichtner für den ehrenvollen Gesang.

Dir aber, lieber Gatte und Vater, rufen wir ein „Gute Nacht!“ und „Ruhe sanft!“ in Dein für uns viel zu frühes Grab nach. Arbeit war Dein Leben.

Resselsdorf, am 9. Dezember 1918.

In tiefstem Schmerze
Die trauernde Gattin nebst Kindern
und Schwiegertochter.

Aus dem Felde zurück

praktiziert wieder

Dr. med. Auerbach

Burkhardswalde.

Fernsprecher: Amt Burkhardswalde Nr. 1.

Sprechstunde täglich 8—9 Uhr vormittags.

Bestellungen bis 9 Uhr vormittags erbeten. Besuche sonst nur in ganz dringenden Fällen möglich.

Musik- und Spielwaren

Zieh- und Mundharmonikas, Mandolinen, Blasakkordeons, Oharmonas, Saiten, Noten usw.

empfehlen

Otto Reinhardt

Dresdener Straße 97.

Ich nehme die gegen Herrn Heinrich Freypte in Resselsdorf ausgesprochene Beleidigung hiermit zurück.

Wilhelm Hahn, Resselsdorf.

Sehen Sie

Ihren Bedarf in Drucksachen nach und decken Sie sich rechtzeitig mit solchen, bevor die Papierpreise noch höher steigen. Die Buchdruckerei dieses Blattes liefert jede Art Drucksachen in geschmackvoller und sauberer Ausführung in Schwarz und farblich.

Die lästigen Schuppen

beseitigt. Garantie Schmelz-pomade Philodermine „Marke Eichenkranz“. Bei: Paul Klesch, Drogerie. 1225

Reelles Heirats-Gesuch. Landwirtssohn, welcher väterliches Gut, 24 Acker, mit fast neuen Gebäuden, musterhaft praktischer Einrichtung übernehmen will, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft wirtschaftl. tücht., gebildeter Landwirtsstochter zwecks Heirat. Vermögen 12—15000 Mark erwünscht. Agent ausgeschlossen. G. K. Off. unter 875 an die Geschäftsst. d. Bl.

Guterhalt. Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Offerten unter 871 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Gesucht

Mägde, Knechte, Ostermädchen u. dergl. in schöne Stellung. 200

Bertha Döring

Stellenermittlerin

Weistropf.

Kleine Landwirtschaft oder Haus mit großem Obstkarten und Feld bei 6000 Mark Anzahlung zu kaufen gesucht, evtl. Einheiratung. Offerten unter 856 an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche für meine Tochter, welche Ostern die Schule verläßt, Stelle auf einem größeren Gute zu Kindern oder als

Hausmädchen

mit Familienanschluß. 200 P. Friese, Dresden-A. 28 Neubühlstraße 1.

Sauerkraut

ohne Marken empfiehlt Hugo Busch. 274

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 11 Uhr vormittags anzugeben.

Einer werten Kundschaft von Wilsdruff und Umgegend zur gest. Kenntnisnahme, daß ich nach Entlassung aus dem Heere mein

Baugeschäft

wieder selbständig weiterführe.

Mit der Bitte um ferneres Wohlwollen

Hochachtungsvoll

Hermann Burkhardt

Baugeschäft und Baumaterialienhandlung.

NB. Werde in den nächsten Tagen unter Nummer 452 an das Fernsprechnetz angeschlossen. 207

Um den

Milchverkauf

geregelter durchzuführen zu können, bitte ich die geehrte Kundschaft folgendes genau zu beachten:

Frühverkauf an die Namen mit den Anfangsbuchstaben A—P von 6 1/4—6 3/4 Uhr.

Mittagsverkauf: O—Z 11 1/4—12 1/4 Uhr.

Milch auf 1/4 Liter-Marken ist täglich abzuholen. 200

E. Bier, Stadtgut Wilsdruff.

Korsetts

Leibbinden, Geradhalter

Konfirmantinnen-Korsetts

fertigt nach Maß oder Muster bei Zugabe von Stoffen an

Paula Rei, Herzogswalde 11.

20 Jahre in der Praxis. Postkarte genügt. 205

Oswald Mensch

Rossschlächterei Potschappel
Fernsprecher Nr. 735 Amt Deuben.

Elektromotore

werden schnell und sachgemäß repariert bei

Gebr. Weis, Maschinenfabrik,
jetzt Roffen, Bismarck-Straße 14.